



Brüssel, 20.8.2020
C(2020) 5754 final

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zur Mitteilung „Eine neue Industriestrategie für Europa“ {COM(2020) 102 final} und begrüßt die Unterstützung des Bundesrates für die Hauptprioritäten der Strategie. Die Kommission teilt die Auffassung, dass die Industriestrategie ein wichtiger Orientierungsrahmen für den Aufbau der EU-Industrie nach COVID-19 bleibt.

Die neue Strategie soll die europäische Industrie dabei unterstützen, sich beim zweifachen Wandel hin zu Klimaneutralität und digitaler Führungsrolle an die Spitze zu setzen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Europas und seine strategische Autonomie in einer Zeit zu fördern, in der sich die geopolitische Landschaft verändert und der globale Wettbewerb zunimmt.

Ein vertiefter und digitalerer Binnenmarkt, die Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Welt, das Hinarbeiten auf die Klimaneutralität und eine stärker kreislauforientierte Wirtschaft sowie die Förderung von Innovation, Kompetenzen und Investitionen werden entscheidend dazu beitragen, dass dies gelingt.

Die Ziele der neuen Industriestrategie dienen auch als Richtschnur für den im Mai vorgelegten Aufbauplan für Europa, der sowohl hinsichtlich des Volumens als auch seiner politischen, institutionellen und budgetären Architektur von historischer Bedeutung ist. Zur Gewährleistung eines nachhaltigen, inklusiven und gerechten Aufbaus in allen Mitgliedstaaten und Regionen hat die Kommission das neue Aufbauinstrument NextGenerationEU vorgeschlagen, das in einen umgestalteten langfristigen EU-Haushalt eingebettet ist. Beide zusammen erhöhen die finanzielle Schlagkraft des EU-Haushalts zur Beseitigung der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schäden auf 1,85 Billionen EUR, bringen einen nachhaltigen und erfolgreichen Aufbau in Gang und sichern und schaffen Arbeitsplätze.

Mit Blick auf die Führungsrolle bei diesem zweifachen Wandel hat Kommission mit einem neuen Ansatz den Fokus auf die industriellen Ökosysteme gelegt. Dabei werden sämtliche Akteure innerhalb einer Wertschöpfungskette – von den kleinsten Start-ups bis hin zu den größten Unternehmen, von der Wissenschaft bis zur Forschung, vom Dienstleister bis zum Lieferanten – einbezogen. Durch die Ökosysteme wird die wechselseitige Abhängigkeit

*Herrn Dietmar Woidke
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3-4
10117 BERLIN*

unserer Volkswirtschaften und unserer industriellen Wertschöpfungsketten im Binnenmarkt deutlich. Wir zählen darauf, dass die Mitgliedstaaten und ihre Regionen die Entwicklung starker, nachhaltiger und widerstandsfähiger industrieller Ökosysteme in der EU unterstützen.

Im Fall von Marktversagen müssen unbedingt private Investitionen und öffentliche Mittel mobilisiert werden. In diesem Kontext begrüßen wir die Unterstützung des Bundesrates für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse. Damit dieses Instrument bestmöglich genutzt werden kann, hat die Kommission bereits begonnen, verschiedene Beihilfeleitlinien einer Eignungsprüfung zu unterziehen; ferner wird sie im Jahr 2021 überarbeitete Beihilfavorschriften für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse bereitstellen.

Das Konzept der Industrieallianzen ist ebenfalls ein wichtiges Instrument, um alle Interessenträger für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu gewinnen und einen Beitrag zur Finanzierung groß angelegter Projekte mit positiven Spillover-Effekten in ganz Europa zu leisten. Die Kommission hat am 8. Juli die neue Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff mit dem Schwerpunkt erneuerbarer Wasserstoff ins Leben gerufen, durch die Investoren mit staatlichen, institutionellen und industriellen Partnern zusammengebracht werden. Die Allianz für sauberen Wasserstoff wird so offen und inklusiv gestaltet sein, dass sich alle Interessenträger, einschließlich der Regionen, der Zivilgesellschaft und der kleinen und mittleren Unternehmen, beteiligen können.

Für die Umsetzung der neuen Industriestrategie muss die Partnerschaft zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, Regionen, Industrie (einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen), Großunternehmen, Sozialpartnern, Forschung und anderen Interessenträgern erneuert werden. Die Kommission wird in diesem Zusammenhang ein inklusives und offenes Industrieforum einrichten. Sie zählt auf die aktive Beteiligung der Regionen.

Die unabhängige EU-Wettbewerbspolitik hat Europa gute Dienste geleistet, indem sie zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen beigetragen, Innovationen gefördert und zu mehr Auswahl für die Verbraucher geführt hat. Die Kommission überprüft derzeit den EU-Wettbewerbsrahmen, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsregeln nach wie vor angemessen sind.

Wenngleich die EU-Industrie stark in globale Wertschöpfungsketten eingebunden ist und weltweit agiert, sollte die EU gegenüber Bedrohungen des fairen Wettbewerbs und des Handels allerdings auch nicht naiv sein. In diesem Kontext veröffentlichte die Kommission im Juni ein Weißbuch über ein Instrument gegen ausländische Subventionen. Unter Zugrundelegung des Modells einer offenen strategischen Autonomie für Europa wird die Kommission ihr gesamtes Instrumentarium handelspolitischer Schutzmechanismen bestmöglich nutzen, um faire Wettbewerbsbedingungen in der Welt zu wahren, und eine Überprüfung der Handelspolitik im Interesse der weltweiten Kontinuität des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs vornehmen.

Die Kommission begrüßt die Unterstützung des Bundesrates für den europäischen Grünen Deal, der als Europas neue Wachstumsstrategie für den Wandel der europäischen Industrie

richtungsweisend sein soll. Im Mittelpunkt des Grünen Deals steht das Ziel, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu werden. In diesem Rahmen sollen auch Leitmärkte für klimaneutrale und kreislauffähige Produkte wie Stahl, Zement und chemische Grundstoffe geschaffen werden. Gleichzeitig wird die Kommission bahnbrechende Technologien für eine CO₂-freie Stahlerzeugung unterstützen. Der Innovationsfonds des Emissionshandelssystems der EU wird dazu beitragen, weitere großangelegte innovative Projekte zur Förderung sauberer Produkte in allen energieintensiven Sektoren durchzuführen. Durch den Vorschlag für den neuen Fonds für einen gerechten Übergang {COM(2020) 22 final} und die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor im Rahmen des Mechanismus für einen gerechten Übergang {COM(2020) 453 final} wird ein fairer Übergang für im industriellen und wirtschaftlichen Wandel begriffene CO₂-intensive Regionen gewährleistet werden. Darüber hinaus präsentierte die Kommission am 8. Juli 2020 eine neue Strategie für eine intelligente Sektorenintegration und für Wasserstoff.

Mit ihrer Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas {COM(2020) 67 final} legte die Kommission im Februar ihre Vision zur weltweiten Führungsrolle Europas im digitalen Bereich dar. Die Kommission wird ein Follow-up zur Europäischen Datenstrategie im Hinblick auf die Entwicklung einer EU-Datenwirtschaft, einschließlich der Schaffung gemeinsamer europäischer Datenräume in bestimmten Wirtschaftszweigen und Wertschöpfungsketten, präsentieren. Sie wird auch einen Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste zur Modernisierung und Stärkung des Rechtsrahmens für einen Binnenmarkt für digitale Dienstleistungen unterbreiten. Die Kommission hat eine bis zum 8. September 2020 laufende öffentliche Konsultation eingeleitet, bei der die im Gesetz über digitale Dienste zu behandelnden Fragen ermittelt werden sollen.

Die Kommission teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die kleinen und mittleren Unternehmen im europäischen Industriegefüge eine Schlüsselrolle spielen. Sie wird kleinen und mittleren Unternehmen Anreize und Unterstützung dafür bieten, Innovationen und Ideen auf den Markt zu bringen und sich an künftigen Industrieallianzen und wichtigen Projekten von gemeinsamem europäischem Interesse voll und ganz zu beteiligen. Die Kommission veröffentlichte im März die Mitteilung „Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ {COM(2020) 103 final}, um kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, beim zweifachen Wandel eine Führungsrolle zu übernehmen.

Die Kommission wird die Anmerkungen des Bundesrates bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Industriestrategie für Europa berücksichtigen und sieht der Fortsetzung des politischen Dialogs mit dem Bundesrat erwartungsvoll entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Frans Timmermans

Exekutiv-Vizepräsident

